

# Freiheit verpflichtet

*Die Volksaufstände im arabischen Raum haben das zur Neige gehende Jahr geprägt. Der mutige Kampf für mehr Freiheit und Bürgerrechte sollte auch uns im Westen eine Mahnung sein. Von Markus Spillmann*

«Allah ist gross», haben in diesem Oktober in Tripolis, in Sirte und Benghazi die Libyer zu Tausenden gerufen – sie rühmten ihren Gott, ihnen bei der Befreiung vom Joch eines üblen Despoten zur Seite gestanden zu haben. Das Erringen von Freiheit als Losung göttlicher Gnade? Prosaischer ist es, die Macht der Gewehre und die Zerstörungskraft der Nato-Fliegerbomben als entscheidend dafür zu werten, dass Muammar Ghadhafi seine Bürger fortan nicht mehr mit eiserner Faust unterdrücken kann. Sein Tod, der Sturz Hosni Mubaraks in Ägypten oder jener von Zine al-Abidine Ben Ali in Tunesien gaben dem «arabischen Frühling» die dramatische Prägung. Ob es über den Jahreswechsel hinaus gelingt, die mit diesen Figuren verbundenen Machtstrukturen zugunsten von mehr Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu zerschlagen, ist alles andere als sicher. Die Entwicklung am Nil, in Jemen oder in Syrien stimmt derzeit nicht sehr zuversichtlich.

Und doch haben die Bilder vom Tahrir-Platz in Kairo, aus Libyen oder von den Aufständen in Syrien mehr als 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs eindrücklich bewiesen, dass das Streben nach Freiheit ein tiefes menschliches Bedürfnis ist. Es lässt sich mit Machtmitteln vielleicht unterdrücken, niemals aber zerstören. Nicht Gewalt obsiegt, sondern der unbändige Willen der Menschen, sich zu befreien. Das verbindet den «arabischen Frühling» 2011 mit den weitgehend friedlich verlaufenen Revolutionen von 1989 in Osteuropa. Ob auch die Referenz auf die bürgerlich-liberale Aufklärung des 19. Jahrhunderts oder gar auf die Französische Revolution von 1789 gerechtfertigt ist, wird erst die Zukunft zeigen.

## *Mündige Bürger – reife Gesellschaft*

Das mutige Aufbegehren entrechteter Gesellschaften weit über den arabischen Raum hinaus sollte auch uns im Westen Mahnung sein, dem fragilen Gut «Freiheit» Sorge zu tragen. Es geht dabei um weit mehr als bloss um die rechtliche Stellung des Einzelnen gegenüber staatlicher Autorität und Macht. Auch nicht die kleinliche Aufrechnung von Soll und Haben im Umgang untereinander ist das Thema. Freiheit ist zu betrachten als ein Wert, der das persönliche und kollektive Leben definiert, ja gleichsam für eine Lebenshaltung und Lebensauffassung steht. Notwendigerweise sind dabei Grenzen zu bestimmen. Schrankenlosigkeit für den Einzelnen bedeutet grenzenlose Unfreiheit des anderen. Freiheit ohne Begrenzung führt zu Anarchie, zu einem Ringen um Freiheit zwischen den Menschen, in dem am Ende der Stärkere obsiegt. Wo diese Grenzen liegen, müssen mündige Bürger selbst entscheiden können. Das unterscheidet liberal verfasste Gesellschaften von Diktaturen, die der Entscheidungsreife des Einzelnen zutiefst misstrauen, ja sie fürchten.

Freiheit ist also auch Verpflichtung. Sie zu schützen, sie sorgsam zu nutzen und sie sorgsam zu begrenzen, ist ein Vorrecht jener, die sie besitzen. Was wir in Demokratien jedoch für selbstverständlich erachten, ist es nicht. Freiheit kann sehr wohl entzogen werden. Daran mahnt der «arabische Frühling». Freiheits- und Bürgerrechte sind weltweit bedroht – schleichend im Russland Putins, auf extreme Weise im totalen Überwachungsstaat China oder unter der Repression der Mullahs und Obristen in Iran. Aber auch in Ländern solider demokratischer Prägung gilt es, wachsam zu bleiben. Sinnigerweise

sind es immer öfter die Bürger selbst, die Freiheit mehr als Bürde denn als Vorteil erachten. Gefordert wird ihre Begrenzung, nicht ihre Stärkung. Es lebt sich gut in einer Welt der Ge- und der Verbote. Es kaschiert, dass wir mit der Freiheit des Einzelnen als Gesellschaft nicht mehr umzugehen wissen. Leicht ist es immer, Störendes einfach zu verbieten. Was aber stört? Die Frage schlüssig zu beantworten, heisst, den Grad der Freiheit immer von neuem auszuhandeln – als Kollektiv, Jung und Alt, Mann und Frau, Linke wie Rechte. Entscheidend ist letztlich die Mehrheit; sie bestimmt in einer Demokratie auch über den Grad der Freiheiten für den Einzelnen. Das ist richtig so, aber nur so lange, wie die Mehrheit fähig bleibt, die Anliegen der unterlegenen Minderheit ernst zu nehmen.

## *Respekt und Würde*

Denn Freiheit bedeutet auch Würde. Die Würde etwa, als Individuum in einer Gesellschaft genügend Raum zu finden, mit Risiken und Nebenwirkungen des modernen Lebens selbstbestimmt umzugehen. Die Würde etwa, zu respektieren, dass es Unterschiede zwischen Lebensstilen gibt, bei Ambitionen, in den Erfahrungshorizonten. Es mangelt zunehmend am Mut, diese Differenzen auszuhalten. Die Würde des Einzelnen zu wahren, hiesse in aller Konsequenz, nicht alles regeln zu dürfen – weil jede Regel eine Einschränkung bedeutet und individuelle Lebensgestaltung einengt. Das ist nicht nur schwierig zu akzeptieren, sondern es ist zugegebenermassen auch nicht zwingend nur von Gutem.

Der Schutz des Kollektivs vor Exzessen Einzelner ist hoch zu gewichten. Wohl höher als das Recht des Einzelnen, sich um jeden Preis selbst zu verwirklichen. Darum braucht es Regeln, es braucht Gesetze. Und es braucht einen minimalen Konsens, in welchem Rahmen wir alle miteinander zusammenleben wollen. Es zwingt uns aber auch zur Verantwortung, die Freiheit des Einzelnen genauso sorgsam zu hegen wie die berechtigten Anliegen der Gesellschaft zu wahren.

Unbegrenzte Selbsterfüllung ist egoistisch und zerstörerisch, weil sie eine Gesellschaft zu sehr belastet. Ebenso fatal aber wirkt, dem Einzelnen nicht mehr zuzubilligen, diese Grenzen zu erkennen oder sie auszuloten – und sei es durch Fehler und Misstritte. Wer hundertprozentig Sicherheit fordert, wird nie Vertrauen in die menschliche Fähigkeit aufbringen können, aus Erfahrung klüger zu werden. Freiheit ist immer auch Mahnung, die Mahnung nämlich, gleichermassen Mass zu halten in ihrer Einschränkung durch die Gesellschaft wie in ihrer hemmungslosen Ausnutzung durch den Einzelnen. Freiheit lässt sich nicht verordnen, sie fordert Gestaltung.

Weltweit ist so verstandene Freiheit noch immer ein rares Gut. Dessen sollten wir uns bewusst sein. Es ist nicht so, dass wir uns für unseren Grad an Freiheit zu schämen brauchten, ganz im Gegenteil. Wir dürfen stolz sein darauf, auch, dass wir eine Gesellschaft formen, in der Konflikte in aller Regel in einem gewaltarmen und rechtsstaatlich verlässlichen Rahmen ausgetragen werden können. Dieser Rahmen aber ist nicht fest, sondern beweglich; er dehnt sich einmal aus, dann schränkt er den Raum dazwischen auch wieder ein. Seine Form ist veränderlich; was uns als Bürgerpflicht bleibt, ist die stetige Aufgabe, ihn so zu gestalten, dass wir alle irgendwie hineinpassen – und dass er nicht bricht.